

9. NACHGESCHICHTE

»Wiederherstellung des Vorkriegszustandes...«

Prof. Dr. Fritz Hohenberg über die Geschichte der THG, 1971.

Ein neuer Anfang

Am 29. März 1945 überschritten Soldaten der Roten Armee die österreichische Grenze, und am 31. März — während in Graz noch Durchhalteparolen plakatiert wurden — waren bereits Teile der Oststeiermark besetzt. Anfang Mai wurde Graz zur Schaltstelle der letzten militärischen Operationen des 'Dritten Reiches', am 7. Mai wurde für die Heeresgruppe »Ostmark« die Einstellung aller Feindseligkeiten im Westen und die Abzugsbewegung im Osten befohlen. Am selben Tag drohte Gauleiter Uiberreither noch, daß »vor dem Standgericht angeklagt wird, wer Fahnenflüchtigen und Drückebergern Unterkunft gewährt oder auf andere Art und Weise diesen Verrätern Vorschub leistet...«, übergab aber am selben Tag die Regierungs- und Partei-geschäfte an Gauhauptmann Dadieu und floh aus Graz. Obwohl die Lage für das NS-Regime längst hoffnungslos war und führende Repräsentanten geflüchtet waren, wurden in Graz bis zuletzt Widerstandskämpfer und politische Gegner liquidiert. Am 8. Mai trafen sich in Eggenberg Sozialisten mit einigen Führern der Widerstandsbewegung und Kommunisten. Zu Mittag forderte eine gemeinsame Abordnung — nun waren auch ehemalige Christlichsoziale dabei — die Übergabe der Stadtverwaltung und der Regierungsgeschäfte der Landesregierung. Diese wurde von NS-Oberbürgermeister Dr. Julius Kaspar bzw. von Gauhauptmann Dr. Armin Dadieu ohne Widerstand übergeben. Daraufhin ergriffen beide die Flucht, Kaspar wurde später in einem Wald bei Andritz tot aufgefunden, Dadieu tauchte in den Untergrund und floh später nach Argentinien. Am Nachmittag bestand bereits eine erste provisorische Landesregierung, wobei der Sozialist Reinhard Machold die Geschäfte eines Landeshauptmannes übernahm. In der Nacht zum 9. Mai wurde Graz der Roten Armee übergeben, dadurch vor einem militärischen Angriff bewahrt und — als letzte der österreichischen Landeshauptstädte — besetzt.¹



Parteiliches Organ
des Gauverbandes der NSDAP.
Verlag und Druckerei:
Gauverlag für Steiermark
Graz, Markt 10. Telefon 100.
Postfach 100. Telegramm-Adresse:
Gauverlag Graz. Telephon 100.
Preis für den Abnehmer 1,20
Preis für den Einzelnen 1,50

Tagespost

Verlag und Druckerei: Gauverlag für Steiermark, Graz, Markt 10, Telefon 100

Verlagsleiter:
Gauverlag für Steiermark
Graz, Markt 10, Telefon 100

Redaktionsrat:
Gauverlag für Steiermark
Graz, Markt 10, Telefon 100

Nr. 115

Graz, Stadt der Volkserhebung

Dienstag, 8. Mai 1945

80. Jahrgang

Gegenüber Feindflügen wird festgesetzt:

Kampf im Osten geht weiter

Keine bedingungslose Kapitulation den Sowjets angeboten — Der Widerstandswille ungebrochen — Unser Rückweg wird gesichert

Das Geständnis Molotows

G. T. F. GRAB, 2. Mal.
Auf der Konferenz von San Francisco hat er bisher einen schmerzlichen Irrtum eingestanden. Die verschiedenen Stadien der Fragen, die Entstehung oder Anschuldigung der Lobbys (Juden, die Vertreibung Argentinens) zeigt, der die ungeliebtesten Mächte von Molotow trennt.
England hat bei all seinen Schwächen die höchste politische Belastungsgruppe zu bestehen. Sein Selbstbild waren die Polen, die heute die Opfer Molotows geworden sind. Es gibt

Abb. 41: 8. Mai 1945, Kriegsende. Letzte Ausgabe der »Tagespost« als Organ der NSDAP Steiermark.

Im Zuge des Zusammenbruches des NS-Regimes amtierte ab dem 12. Mai 1945 zunächst Prof. Dr. Ludwig Holzer als »stellvertretender Rektor« an der THG.² Über die näheren Umstände besteht Unklarheit, so soll Holzer einerseits »innerlich schon seit Jahren Kommunist« gewesen sein, sich jedoch andererseits »sehr aktiv und aggressiv im Sinne der NSDAP verhalten« haben.³ Am 23. Mai wurde Prof. Dr. Bartel Granigg — nach seinen eigenen Angaben — von einem kommunistischen Vertragsangestellten der THG aufgefordert, er möge »die Führung der Hochschule übernehmen«. Auch die Professoren teilten ihm schriftlich mit, er solle sich »als einstimmig gewählter Rektor betrachten«. Nachdem Holzer die Rektoratsgeschäfte zurückgelegt hatte, fungierte Granigg ab dem 24. Mai als provisorischer Rektor der THG.⁴ Der Grund für diese Vorgangsweise lag wohl darin, daß Granigg der einzige Professor war, der russisch sprach.⁵

Nun begann sich die Situation langsam insofern zu normalisieren, als systematisch die verschiedenen Institutionen wieder ihren Betrieb aufnahmen. Nachdem Rektor Granigg am 25. Mai die provisorische Landesregierung um »die Genehmigung zur Weiterführung der Vorlesungen und Übungen im Sommersemester 1944/45« ersucht hatte, ordnete diese am 30. Mai an, daß der Vorlesungsbetrieb »sofort ... begonnen und auch der übrige wissenschaftliche und Unterrichts-Betrieb wieder aufgenommen wird«. ⁶ So begann an der THG am 4. Juni die Einschreibung für das Sommersemester, in diesem inskribierten 144 Hörerinnen und Hörer.⁷ Parallel dazu begannen erste Entnazifizierungsmaßnahmen, am 22. Juni 1945 meldet ein Agent des CIA-Vorläufers OSS, (das »Amt für strategische Dienste« und damit die — später als SSU bezeichnete — wichtigste geheimdienstliche US-Behörde):⁸ »Die Inskription an der Universität und der Technischen Hochschule in Graz hat eingesetzt. Die antifaschistische steirische Studentenliga durchsiebt die Bewerbungen nach Nazi-Studenten.«⁹ Diese Organisation — die richtige Bezeichnung war 'Antifaschistischer Steirischer Studentenbund' — nannte sich später 'Österreichische Demokratische Studentenschaft' (ÖDS), bestand seit dem 8. Mai 1945¹⁰ und begann mit Unterstützung der Landesregierung am 9. Juni ihre Tätigkeit an der THG.¹¹

Der Aufbau des Studienbetriebes stieß auf große Schwierigkeiten: Das Gebäude der 'Neuen Technik' war durch die Bombentreffer so schwer beschädigt, daß zunächst Sicherungsmaßnahmen »zur Vermeidung einer schweren Einsturzkatastrophe« ergriffen werden mußten.¹² Der Vorlesungsbetrieb des Sommersemesters mußte offiziell von 7 Professoren — zu Beginn waren es zunächst nur 5 Lehrkräfte¹³ — aufrecht erhalten werden. Weitere 12 Professoren waren »durch Verlagerung ihres Lehr- und Forschungsbetriebes außer Stand«, Lehrveranstaltungen abzuhalten, d. h. sie befanden sich — aus verschiedensten Gründen — nicht in Graz.¹⁴ Ab dem 19. Mai wurden alle Beamten und Angestellten der THG durch Radioverlautbarungen aufgefordert, sich ehestens beim Rektorat zu melden.¹⁵ Eine Rückkehr wurde jedoch durch zwei Faktoren erschwert: Zum einen befanden sich einige der verlagerten Institute in der amerikanischen Besatzungszone. Man konnte ohne Passierschein nicht so einfach in die sowjetisch besetzte Zone wechseln. Den zweiten Grund formulierte Rektor Granigg so: »Aber im Volke und auch die meisten unter uns, haben die volle Überzeugung, daß die verlagerten Herren sofort nach Graz zurückgekommen wären, wenn Graz statt von den Russen, von den Engländern besetzt worden wäre.«¹⁶

Während Graz von sowjetischen Truppen besetzt war, weigerten sich einige Professoren, nach Graz zurückzukehren. Begründet wurde dieses Vorgehen u. a. durch keine »ausreichende Möglichkeit eines gesicherten Rücktransportes«, durch »Befehl des Ortskommandanten«,



Abb. 42: Die »Neue Technik« war 1945 durch mehrere Bombentreffer zerstört und einsturzgefährdet.

durch »keine Möglichkeit ... , Geräte und wissenschaftliches Material zurückzuführen« oder wegen Arbeiten »an einer größeren wissenschaftlichen Untersuchung«. ¹⁷ Für die Verlagerten war Rektor Granigg bemüht, die Wohnsitze in Graz »von einer Inanspruchnahme« durch Einquartierungen zu bewahren. ¹⁸ Dies gelang jedoch nicht immer: So wurden in die Villa von Prof. Federhofer russische Soldaten einquartiert, ¹⁹ später wurde sie von der britischen Besatzungsmacht beschlagnahmt. Die Beschlagnahme dauerte zumindest bis 1949, obwohl u.a. der Landeshauptmann und Kardinal Innitzer, der Präsident des Patentamtes und der Präsident der Akademie für Wissenschaften beim britischen Hochkommissär für Federhofer intervenierten. ²⁰

Am 24. Juli 1945 wurden gemäß dem alliierten Zonenabkommen die provisorischen Besetzungen aufgelöst, und die Steiermark und Kärnten wurden als britische Zone in Österreich festgelegt. Am selben Tag zogen die Briten in der Steiermark ein, für Graz endete damit die Besetzung durch die Rote Armee. ²¹ Am 28. Juli richtete Rektor Granigg »an alle Angehörigen der Technischen Hochschule Graz, die sich in der amerikanischen Besatzungszone befinden« ein »Ersuchen, so rasch als möglich ... zurückzukehren«, was in den darauffolgenden Wochen dann auch geschah: »Aus der Abwesenheit der Professoren und Dozenten stellen sich ... Unzukömmlichkeiten ein, die auf schriftlichem Wege nicht erörtert werden können.« ²²

Die Universität und die THG entwickelten ein gemeinsames Vorgehen, um den Studienbetrieb aufrecht zu erhalten. So trafen sich bereits am 10. Juli der Rektor der Universität, Dr. Karl Rauch, der THG, Dr. Bartel Granigg, und andere maßgebliche Vertreter im Senatssaal der Universität, um die Situation zu beraten. ²³ Verabschiedet wurde folgendes Übereinkommen:

Die beiden Hochschulen haben am 10. Juli 1945 »in der Erkenntnis, daß sich im neuen Österreichischen Staate durch die Erhaltung der bisherigen Hochschulen große finanzielle Schwierigkeiten ergeben werden und in dem Bestreben, den Vorlesungs- und Übungsbetrieb trotz der gegenwärtigen Zeitumstände programmäßig aufrecht zu erhalten«, ein »Übereinkommen abgeschlossen, das sie zu gegenseitiger Hilfe und Unterstützung« verpflichtete. Personelle Lücken sollten, soweit möglich, behelfsmäßig überbrückt werden, wo ein Vertreter eines Faches an beiden Hochschulen lehren könnte, wollte man »bis zur Besserung der wirtschaftlichen Lage des Österreichischen Staates für die vakante Stelle vorläufig keinen Besetzungsantrag stellen.«²⁴

Im Zuge dieser Beratungen war es auch zu Spannungen gekommen. Schon vor diesem Treffen vertrat Rektor Rauch — ähnlich wie schon 1944 — den Gedanken, die THG als fünfte Fakultät der Universität anzuschließen und diese mit der Montanistischen Hochschule Leoben zu einer »Gesamtheit« mit der Bezeichnung »Vereinigte Universität und Technisch-montanistische Hochschule« zu verschmelzen. Rauch äußerte diesen Vorschlag bei Landeshauptmann Machold und berief sich spitzfindig auf eine Anregung aus dem Kreis der Professoren der THG. Diese Darstellung wurde jedoch von Rektor Granigg energisch demüthigt und das Ansinnen abgelehnt.²⁵

Das Scheitern dieser Vereinigungspläne hatte Folgen: Rektor Rauch war von Landeshauptmann Machold mit der Leitung des noch bestehenden Kuratoriums der steirischen Hochschulen — jener NS-Institution, die den nicht-wissenschaftlichen Bereich zu verwalten hatte — beauftragt worden, um diese Dienststelle ordnungsgemäß zu liquidieren. Da Rauchs Ziel nicht verwirklicht wurde, suchte er am 22. Juli um Entlassung aus dieser Funktion an. Dieses wurde jedoch vom Landeshauptmann nicht akzeptiert, worauf Rauch im August einfach die Geschäfte an Regierungsdirektor Dr. Waidmann, und damit wieder an den Kurator der NS-Zeit, übergab. Erst daraufhin wurde im Herbst das Kuratorium, das das NS-Regime monatelang überlebte, aufgelöst.²⁶

Auch andere Vorschläge für die Zukunft der steirischen Hochschulen wurden ernsthaft in Betracht gezogen. Um den Studienbetrieb in Graz aufrecht erhalten zu können, erwog man sogar die Schließung der Montanistischen Hochschule Leoben.²⁷ In einem OSS-Bericht vom 4. August 1945 heißt es dazu: »Natürlich wird die Schwierigkeit erkannt, die sich aus dem Mangel an Universitätslehrern ergibt. Die Parteien haben die Schließung der Universität in Bruck (!) vorgeschlagen, um eine Versetzung nicht-nazistischer Lehrer nach Graz zu ermöglichen.«²⁸

Doch dieser Plan scheiterte ebenso wie die Universitätszusammenlegung, die Rektor Rauch noch 1946, ohne irgendwelchen Erfolg bei Graniggs Nachfolger vertrat.²⁹

Im Wintersemester 1945/46 war es an der THG zu einem Rektorswechsel gekommen. Prof. Dr. Bartel Granigg wurde von Prof. Dr. Bernhard Baule abgelöst und fungierte fortan als Prorektor.³⁰ Dieser Wechsel stand möglicherweise mit einer Denunzierung Graniggs im Zusammenhang, wie ein SSU-Bericht vom 13. November anklingen läßt.³¹ Damit war ein von den Nazis Vertriebener Rektor geworden; die Britische Militärregierung und das zuständige Ministerium vertraten — so in der Rektorenfrage an der Universität Graz — ja anfangs die Position, daß der neue Rektor nur aus dem Kreis der »auf Grund der Wiedergutmachung in ihr Amt zurück berufenen Professoren« gewählt werden dürfe, eine Ansicht, die 1946 fallen gelassen wurde.³²

Baule wurde ab August »im Wege des Alpensenders« gesucht, da die THG »großen Wert« dar-

auf legte, ihn »wieder an diese Hochschule zu erhalten«. ³³ Ab dem 1. September 1945 war er wieder Professor an der THG. ³⁴ Granigg legte sein Amt am 20. Dezember 1945 »aus Gründen der Arbeitsüberbürdung« zurück, worauf am Tag darauf das Professorenkollegium »zur einstimmigen Auffassung« kam, »dem Herrn Landeshauptmann als geschäftsführenden Rektor den o. Professor für Mathematik Prof. Dr. Bernhard Baule vorzuschlagen«. Am 9. Jänner 1946 erging die Nachricht, daß Baule »bis zur Durchführung von Rektorswahlen« bestellt sei. ³⁵

Mit dem Wintersemester 1945/46 beginnt für die Technische Hochschule Graz nicht nur ein neues Studienjahr, sondern eine neue Epoche, die durch zwei Merkmale gekennzeichnet sein wird. In materieller Beziehung Anpassung an die finanzielle und wirtschaftliche Lage unseres arm gewordenen Vaterlandes, die zu äußerster Sparsamkeit verpflichtet; in geistiger Beziehung Rückkehr zur akademischen Freiheit in des Wortes edelster Bedeutung und zu jenem geistigen Niveau, das den Ruf der österreichischen Hochschulen begründet und verbreitet hat. Wir wollen in aufgeschlossener Weltverbundenheit wieder sein, was wir waren, Mittler der deutschen Kultur österreichischer Prägung.

Die Bürgen für den Erfolg dieses Wollens sehen wir in Professoren und Dozenten, die durch ihr bisheriges Leben und Wirken auf die drei Fragen befriedigende Antworten geben können:

Was bist Du als Mensch? Was bist Du als Mann? Was bist Du als Lehrer und Forscher?

Die Studenten sollen nicht mehr „abgerichtet“ und „ausgerichtet“ werden, sie sollen zu Weltbürgern erzogen und unterrichtet werden.

Die oft beschriebene Lage der Stadt Graz auf den diluvialen Terrassen der Mur und auf den Hügeln der ost- und weststeirischen Tertiärlandschaft, umrahmt von den ernsten, z. T. düsteren Formen der Alpen, erfreut nicht nur das Auge des Künstlers, sie gibt befruchtende Anregungen für den Straßen- und Eisenbahnbau, für den Wasserkraftbau und nicht zuletzt für die landschaftsverbundene Architektur.

Der Waldreichtum der Obersteiermark und die Bodenschätze des steirischen Oberlandes mit den darangeschlossenen Industrien bieten dem lernenden wie dem lehrenden Ingenieur reichliche Gelegenheit, die geistige Verbindung zwischen Hochschule und Praxis zu beleben und zu vertiefen.

Granigg
Rektor.

Abb. 43: Wintersemester 1945/46: Erstes Vorwort in der 2. Republik von Rektor Dr. Bartel Granigg.

Auch der zweite von den Nationalsozialisten vertriebene Professor, Dr. Gustav Jantsch, wurde ab dem 17. September 1945 wieder als Ordinarius eingesetzt.³⁶

Auch provisorische Dekane waren bestellt worden: Ab dem 15. Juli 1945 fungierten in diesen Funktionen Prof. Dr. Karl Zaar (Bauingenieurwesen), Prof. Dr. Friedrich Zotter (Architektur), Prof. Dr. Robert Engel (Maschinenbau) und Prof. Dr. Georg Gorbach (Chemie). Am 15. August wurde zusätzlich Prof. Dr. Lothar Koschmieder bestellt (Angewandte Mathematik und Physik). Gorbach wurde ab 1. August von Prof. Dr. Reinhard Seka und dieser ab 16. November von Prof. Dr. Gustav Jantsch abgelöst. Ab diesem Tag fungierte für Maschinenbau Prof. Dr. Hans Winter und für angewandte Mathematik und Physik Prof. Dr. Bernhard Baule als Dekan.³⁷ Die Disziplinen Mathematik, Physik und Chemie wurden jedoch noch im Studienjahr 1945/46 zur Fakultät für Naturwissenschaften mit Prof. Jantsch als Dekan vereinigt.³⁸

»Eine überwiegende Mehrheit ... ist noch immer nazistisch und pro-Anschluß eingestellt...«
Strategic Services Unit über die Studierenden der THG, November 1945.

Situation 1945

Das Vorwort im Vorlesungsverzeichnis des Studienjahres 1945/46 stammt noch von Prof. Grannig und macht exemplarisch die damalige Geisteshaltung deutlich.³⁹ *»Mittler der deutschen Kultur österreichischer Prägung«* wollte man sein und schloß damit direkt an das Gedankengut des austrofaschistischen Ständestaates an, dessen Selbstverständnis der 1938 von den Nazis entfernte Rektor der Universität Graz, Prof. Dr. Josef Dobretsberger, wie folgt begründete: *»Die deutsche Sendung des österreichischen Staates ist nicht Phrase oder Zukunftsmusik, sondern tausendjährige Tradition. ... Das Volksbewußtsein und die Volkstreue des Österreicher sollte aber nicht an Schlagworten und Ideologien, die sich wandeln, sondern an den bleibenden Taten gemessen werden; die deutsche Kulturleistung des Österreicher besteht im Vergleich mit jenen der besten deutschen Stämme.«*⁴⁰

Auch an der THG dachte man *»zunächst nur an eine Wiederherstellung des Vorkriegszustandes«*⁴¹, der vorerst einzige Überlebende war der politische Katholizismus, die Geschichte wurde dort fortgesetzt, wo sie 1938 stehengeblieben war.⁴²

Im Wintersemester 1945/46 inskribierten insgesamt 2125 Studierende, 1676 ordentliche und 449 außerordentliche bzw. Gasthörerinnen und -hörer. Das war weit mehr als das 13-fache der Zahl des WS 1944/45.⁴³ In diesem Wintersemester war auch noch die damalige Studentenvertretung, die ÖDS — auch als 'Österreichische demokratische Studentenunion' bzw. als 'Bund demokratischer Studenten' bezeichnet — aktiv. Sie führte die Geschäfte der unter der sowjetischen Besatzung existierenden 'Antifaschistischen Studentenliga'. Ein SSU-Bericht vom 13. November 1945 gibt darüber Auskunft:

*»Der von den Engländern geförderte Bund der demokratischen Studenten ist überparteilich; alle Studierenden sind zur Mitgliedschaft verpflichtet. Er ist der Nachfolger der antifaschistischen Studentenliga, die wegen ihrer zu rigiden Entnazifizierungspolitik aufgelöst wurde. Die Organisation demokratischer Studenten untersucht den politischen Hintergrund jedes zukünftigen Studierenden und jeder Bewerber muß einen detaillierten Fragebogen über Verbindungen bzw. Mitgliedschaft bei nazistischen Verbänden und Organisationen ausfüllen.«*⁴⁴

Obige Angaben sind jedoch unklar, denn auch die Maßnahmen der ÖDS stießen auf großen

Widerstand: Nachdem Rektor Granigg erfahren hatte, daß die ÖDS die Absicht hatte, im Wintersemester 1945/46 »bei der Inskription in der selben Weise vorzugehen wie dies zu Beginn des Sommersemesters geschehen ist«, teilte er Rektor Rauch am 3. September mit:

»Eine Besprechung, die ich mit den Dekanen ... unter Beiziehung von Prof. Baule hatte, führte zur einmütigen Ablehnung des Vorhabens der Dem. Studentenschaft. Die ... Beratung hat zur einmütigen Auffassung geführt, daß mit den Methoden des Nationalsozialismus auch in diesem Punkte aufgehört werden müsse. Demzufolge steht die Technische Hochschule auf dem Standpunkt, daß die Inskription ohne politische Kontrolle durch die Studentenschaft zu erfolgen habe.«⁴⁵

Am selben Tag gründete das 'Staatsamt für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten' durch Verordnung einzelne Hochschülerschaften (ÖHs), vorerst gab es noch keine bundesweite Vertretung. Diese hatten vor allem zwei Aufgaben zu erfüllen: die Studierenden sozial zu betreuen und einen Bruch mit nationalsozialistischen Traditionen sicherzustellen.⁴⁶ Zwischen diesen Organisationen, ÖDS und ÖHs, kam es nun zu heftigen Auseinandersetzungen:

Am 8. November überreichten Vertreter der Hochschülerschaft (ÖH) Rektor Granigg eine »Denkschrift«, in der mitgeteilt wurde, daß »die Hörschaft der Grazer Hochschulen« die ÖDS ablehne, und in der u. a. gefordert wurde, daß sie »keine irgendwie gearteten Rechte auf die Hochschüler auszuüben hat«. Die politische Überprüfung sollte durch die Dekanate selbst durchgeführt werden, die Mitgliedschaft in der ÖDS sollte eine freiwillige sein. Als Gründe wurde angegeben, daß die ÖDS »absolut autoritär geführt« werde und daß es »nicht als österreichisch« sondern »als n.s. Anmassung« angesehen werden müsse, daß sie »das Prof.-Kollegium zu säubern die Absicht hat«. Die Vertreter der ÖDS seien »in verletzender Weise« gegen die ehemaligen Soldaten aufgetreten, im Fragebogen für das Wintersemester solle nach Wehrdienst und Dienstgrad gefragt werden: »Die Frontsoldaten sind einheitlich entschlossen, diese Punkte nicht zu beantworten.«⁴⁷

Noch am selben Tag teilte Rektor Granigg der 'Britischen Militärregierung' mit, daß für »Angelegenheiten, welche die Studentenschaft der Technischen Hochschule in Graz betreffen« nunmehr die ÖH zuständig sei.⁴⁸ Obwohl die Verordnung »noch nicht durch die alliierte Kommission anerkannt« war, erklärte sie sich am 19. November bereit, ab dem 1. Dezember »bei den Verhandlungen mit den Studenten-Vereinigungen« mit den ÖHs zu sprechen, wodurch die ÖDS praktisch ausgeschaltet war.⁴⁹

Die Stellung der Studierenden in Graz im November 1945 zum Nationalsozialismus gibt der bereits zitierte SSU-Bericht wieder:

»Es gibt noch immer auffallenden preußischen Militarismus unter den Studenten, insbesondere unter jungen Offizieren, die wieder zu dienen hoffen. ... Eine überwiegende Mehrheit der Studenten der Technischen Hochschule ist noch immer nazistisch und pro-Anschluß eingestellt. Sie sind pessimistisch eingestellt über ihre Zukunft in einem unabhängigen Österreich ohne das industrielle Potential eines Großdeutschland. Die meisten Studenten glauben noch immer, daß Deutschland die zivilisierteste der europäischen Nationen ist und zur Führung Europas bestimmt sei. Im allgemeinen lehnen sie die Rassentheorie, das Führerprinzip, die Brutalität und die Gestapo-Methoden des Dritten Reiches ab. Viele Studenten favorisieren einen starken Polizeistaat, der Ordnung hält und politische Unruhe wie in der Phase 1934 — 1838 verhindert. ... Einmal kam es zu einer heftigen Debatte über die Wahrheit von Konzentrationslagergeschichten. Im großen und ganzen glauben die Studenten, daß nur echte Kriminelle

in diesen Lagern eingesperrt waren.«⁵⁰

Die Vertretung der Studierenden, die vorerst in der Tradition der Zwischenkriegszeit und der NS-Zeit als »Studentenschaft« bezeichnet wurde, wurde für das Wintersemester 1945/46 »auf Grund von Vorschlägen der Studierenden aller demokratischen Richtungen« vom zuständigen Staatsamt bestimmt.⁵¹ Dieser organisatorische Neubeginn erwies sich als äußerst schwierig, es gab praktisch keine demokratischen Traditionen, an die man anknüpfen konnte. Die erste formale Organisation der Studierenden war »nach dem Führerprinzip« von oben nach unten organisiert in die 'Vaterländische Front' eingegliedert gewesen. Dieses Modell aus der Zeit des Austrofaschismus stand Pate für das 1945 erlassene Hochschülerschaftsgesetz. Letzteres verpflichtete zwar zur Abhaltung allgemeiner, geheimer Wahlen, war aber in seiner Kompetenzstruktur dem früheren Modell durchaus ähnlich gestaltet und hatte die Zwangsmitgliedschaft und weitgehend auch die Kompetenzen gemein. Durch das Wahlrecht war allerdings eine neue Struktur studentischer Politik geschaffen: studentische wahlwerbende Gruppen nach dem Vorbild und in Verbindung mit den gesamtstaatlichen Parteiorganisationen.⁵²

An politischen Gruppierungen waren zunächst nur drei zugelassen: Die bürgerliche 'Freie österreichische Studentenschaft' (FÖSt), die ursprünglich als überparteiliche, antifaschistische Vereinigung gedacht war, aber bald katholische und liberale Traditionen aufnahm, weiters der 'Verband Sozialistischer Studenten Österreichs' (VSSStÖ) als sozialistische Gruppierung auf Hochschulboden und die 'Vereinigung demokratischer Studenten' (VDS) als kommunistische Gruppierung.⁵³

The whole of law No. 170 of the RENNER Government is not yet approved by Allied Commission for Austria.

No exception is taken to that part of the law however, which deals with each University and High School of Austria having its own Hochschülerschaft.

In Future, therefore, as from Saturday, Dec 1st, this Branch in dealing with the student union, will address itself to the following:

Hochschülerschaft der Universität GRAZ,
 " " " Technischen Hochschule GRAZ,
 " " " Montanistischen Hochschule LEOBEN.

This supersedes para 2) in our communication Ref.ST/EDN/61 of Oct 28 45.

By Dec 1st this Branch should know the names of and have received completed Fragebogen where these have not already been done from the following:

- 1) the president of each of the Hochschülerschaften,
- 2) his two deputies,
- 3) the committee.

Abb. 44: Am 19. November 1945 teilte die Britische Militärregierung mit, daß sie ab dem 1. Dezember die Hochschülerschaften als die Vertretung der Studierenden anerkennen werde.

»...mußte die Hochschule auf die Mitarbeit vieler Professoren verzichten...«
Prof. Dr. Karl Federhofer über die Geschichte der THG, 1956.

Entnazifizierung

Das Problem der Entnazifizierung stellte sich sofort nach der Beseitigung der NS-Herrschaft, alle Parteien waren sich 1945 im klaren, daß es gerade die Hochschulen waren, die einen 'guten Nährboden' für den Nationalsozialismus abgegeben hatten. Von den Professoren blieben jedoch, trotz der Tätigkeit der mit der Entnazifizierung betrauten Sonderkommission, eine erhebliche Anzahl ehemaliger Nationalsozialisten unbehelligt. So kam es, daß Bundeskanzler Leopold Figl im Mai 1946 sogar mit der Schließung einzelner Hochschulen drohte, da dort die zuständigen Institutionen und Behörden die Verordnungen vollkommen ignorierten.⁵⁴ Die Tätigkeit der Sonderkommissionen war Ende des Studienjahres 1945/46 im wesentlichen abgeschlossen worden, die Entnazifizierung der Hochschullehrer damit weitgehend beendet. Die Überprüfung der »politischen Zuverlässigkeit« der Studierenden war im September 1945 der Hochschülerschaft übertragen worden, im Wintersemester 1945/46 entschied de facto der Rektor mit Unterstützung der Staatspolizei. Ab Februar 1946 gab es Kommissionen, die aus dem Rektor und drei Parteienvertretern der Hochschülerschaft (also FÖSt, VStStO und VDS) bestanden.⁵⁵

Nach den Richtlinien des zuständigen Staatsamtes vom 16. August 1945 waren alle Illegalen, also Parteimitglieder zu der Zeit, als die NSDAP verboten war, Angehörige der SS und Funktionäre der NSDAP bzw. deren Wehrverbände (SA, NSKK, NSFK) von der Immatrikulation ausgeschlossen.⁵⁶

In Wien kam es am 14. November 1946 zu Nazimanifestationen. Während einer Studentenversammlung wurde ein ehemaliger KZ-Insaße mit Rufen wie »Schade, daß sie dich im Konzentrationslager nicht umgebracht haben« angegriffen, worauf es zu Demonstrationen und Prügeleien kam. Aufgrund dieser Ereignisse erklärte Bundeskanzler Figl, daß man »an den Hochschulen gründlich nachsäubern werde« und stellte fest, »daß die bisherigen Säuberungsmaßnahmen nicht ausgereicht haben, um nationalsozialistische Tendenzen an den österreichischen Hochschulen restlos auszumerzen«.⁵⁷

So stellte am 3. Dezember der VStStO-Mandatar Erwin Pirktl in einer Studentenvertreterversammlung der Hochschülerschaft an der THG fest, daß man »um die durch die verschiedenen Pressemeldungen beunruhigte Bevölkerung zu beruhigen ... sich nicht gegen eine neuerliche Entnazifizierung stellen« solle. Doch die Mandatäre der FÖSt vertraten die Ansicht, daß »die letzte Entnazifizierung in Ordnung war und die Hochschule entnazifiziert ist« bzw., daß »wir uns selbst lächerlich machen würden, wenn wir nochmals eine Entnazifizierung durchführen und damit zugeben, daß die erst geleitete Arbeit mangelhaft war«. Nach der Debatte wurde mit Mehrheit ein Antrag angenommen, in dem »es die Hochschülerschaft der TH Graz als nicht notwendig« erachtet, »aufgrund der Wiener Vorfälle eine neuerliche Entnazifizierung zu fordern«. Begründet wurde dieser Beschluß u. a. mit Stellungnahmen des Rektors und eines Vertreters der britischen Zivilverwaltung.⁵⁸

Im Dezember 1946 wurden die Rahmenbedingungen verschärft, auch niedrige Ränge der HJ und des BdM wurden erfaßt, Offiziere der ehemaligen deutschen Wehrmacht und »unerwünschte Ausländer« wurden vom Studium ausgeschlossen. Bis zum Februar 1947 wurden die betreffenden Studierenden von der Kommission neuerlich untersucht, was jedoch ohne

konkrete Auswirkungen blieb, da das Wintersemester 1946/47 weitgehend ausfiel. Durch den strengen Winter und die Kohlennot wurden nämlich die Weihnachtsferien zuerst bis zum 14. Jänner und dann bis zum 3. März 1947 verlängert. Die Bemühungen waren auch hinfällig, da es ab Februar zu einer weiteren Verschärfung kam. Nunmehr waren auch Minderbelastete generell vom Hochschulstudium bis 1950 auszuschließen, was zu der paradoxen Situation führte, daß die Bestimmungen für die Studierenden wesentlich strenger als die für die Hochschullehrer waren. Doch die Alliierten kamen bald zur Überzeugung, daß dies völlig widersprüchlich sei, und im Nationalrat machte man sich Gedanken über »die Masse derer, die wie in so vielen Fällen automatisch von der Hitlerjugend zur NSDAP übergereit worden waren«. Im April 1948 wurde dann die Jugendamnestie beschlossen, die u. a. auch die Regelungen für die Studierenden, die ja die strengsten überhaupt darstellten, außer Kraft setzte. Damit war die Entnazifizierung auf Hochschulboden zu Ende.⁵⁹

Bei den Professoren galten jene, »die in der Zeit zwischen dem 1. Juli 1933 und dem 13. März 1938 der NSDAP oder einem ihrer Wehrverbände (SS, SA, NSKK, NSFK) angehört haben (Illegale) als entlassen«. ⁶⁰ Zur Überprüfung des Lehrkörpers wurde im Juli 1945 eine Kommission eingesetzt. Ihr gehörten die Professoren Dr. Karl Zaar und Dr. Friedrich Zotter, der Dozent Dr. Erwin Keller und der stellvertretende Landeshauptmann, Prof. Dr. Alois Dienstleder, an.⁶¹ Zotter war in dieser Kommission übrigens der einzige unbelastete Vertreter der THG.⁶²

Während der sowjetischen Besatzung war die Entnazifizierung zunächst vor allem der österreichischen Exekutive überantwortet worden. Unter der britischen Besatzung wurden den österreichischen Behörden weitere Inhaftierungen ohne die ausdrückliche Zustimmung des Field Security Service (FSS) der Britischen Militärregierung verboten.⁶³ Dementsprechend unterlagen auch Beschlüsse der Entnazifizierungskommission »der entgeltigen Genehmigung der Britischen Militärregierung«. ⁶⁴ Einige bekannte Beispiele der Entnazifizierung entlassener Hochschullehrer der THG sollen herausgegriffen werden:

Prorektor Härtel, Betriebsführer des Rüstungsbetriebes der THG, aktiv im Sicherheitsdienst der SS,⁶⁵ wurde verhaftet und »wegen seiner hohen Funktionen in der Rüstungsindustrie vor ein Volksgericht gestellt.«⁶⁶ Bereits am 1. Juni hatte Rektor Granigg »den Antrag auf Einleitung der Voruntersuchung zu einem Disziplinarverfahren« gegen Härtel gestellt. Begründet wurde dieses Vorgehen jedoch nicht mit Härtels NS-Engagement, sondern durch folgende Vorwürfe: »Mißbrauch der Amtsgewalt als Rektor zu eigensüchtigen Zwecken« und »Verletzung der Würde des Rektors durch ungebührliches Verhalten innerhalb der Hochschule«. ⁶⁷ Prof. Dr. Armin Dadiou, Gauhauptmann der Steiermark, konnte — mit Unterstützung der provisorischen Landesregierung — zunächst Graz verlassen. Bei dem Versuch zu seinem verlassenen Institut nach Gstatterboden zu gelangen, wurde er von Soldaten der Roten Armee verhaftet, konnte jedoch fliehen.⁶⁸ Dadiou versteckte sich bis 1947 in Graz und floh 1948 nach Argentinien, »wo er aufgrund seiner wissenschaftlichen Qualifikation in seinem Fach gleich ein interessantes und für die technische Entwicklung dieses Landes erfolgreiches Betätigungsfeld fand. Er wurde der Leiter der Chemischen Abteilung des Forschungs- und Entwicklungsdepartements der argentinischen Militärentwicklung (Raketentwicklung).«⁶⁹ Später wurde Dadiou Professor an der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Stuttgart, eine lancierte Berufung an die Technische Universität Graz kam nicht zustande.⁷⁰

Rektor Schoklitsch, wie Härtel auch im Sicherheitsdienst der SS aktiv, wurde am Verlage-

rungsort, in Lizen, von der amerikanischen Besatzungsbehörde verhaftet, entlassen und 1949 an die Universität Nacional de Tucuman in Argentinien berufen.⁷¹ Doz. Prof. Dr. Arno Reitz: Aufgrund seiner Funktion als Gauschulungsleiter der NSDAP stellte das Britische Militär Government fest: »Professor REITZ can under no circumstances be permitted to hold any position in the Technische Hochschule.« Reitz wurde 1957 Professor an der Montanistischen Hochschule Leoben, war dort 1965-1967 und 1970-1972 Rektor und konnte sich als Obmann des Freiheitlichen Akademikerverbandes als Redner zum Thema »Hütet unsere Deutsche Sprache« oder bei Veranstaltungen — wie »1.000 Jahre Deutsche Ostmark« — betätigen.⁷² Prof. Dr. Arpad Steller: »Der Zusammenbruch des N.S.-Regimes mit dem Kriegsende 1945 brachte alsbald die Rückverlagerung des Institutes nach Graz, wenig später aber meine Entlassung als Institutsvorstand durch die Britische Besatzungsmacht, weil ich als Landesleiter des Vereines Deutscher Ingenieure, in der N.S.-Zeit N.S.-Bund deutscher Technik, als 'belastet' galt. ... Mit 1. März 1954 erfolgte meine Wiederberufung an mein Institut an der Technischen Hochschule in Graz ...«⁷³

Prof. Dr. Konrad Sattler: »Nicht zu verstehen war es innenpolitisch, daß man den Wünschen der Besetzungsmächte in jeder Hinsicht nachkam. Auch wurden sämtliche Mitglieder der NSDAP aus ihren Stellungen, wie Ämtern, Schulen, Institutionen usw. entlassen, auch wenn nicht der geringste Verstoß gegen Recht und Sitte gegen sie vorlag und sie ihren Pflichten bis zum letzten Ende nachgekommen waren. ... Nun begann die systematische Entnazifizierung. Fast alle ehemaligen Mitglieder der Partei — auch wenn nicht der geringste Verdacht gegen sie bestand, etwas Unrechtes getan zu haben — wurden aus ihren Ämtern und Stellungen entlassen. ... Am 2. 3. 1946 erhielt ich vom Landeshauptmann von Steiermark folgendes Schreiben: 'Sie werden über Anordnung des H.Q. Military Government, Land Steiermark, mit sofortiger Wirksamkeit als Lehrkraft an der Hochschule enthoben.'«⁷⁴

Laut Angaben der Alliierten gab es im April 1945 von den 136 Professoren der steirischen Hochschulen nur 41, die als wirklich unbelastet galten. Im September 1946 gab es demnach in der Steiermark 66 im Universitätsbereich tätige Professoren, davon waren 25 im Lehrbetrieb belassene, registrierte ehemalige Nationalsozialisten. Bis dahin waren 64 entlassen oder pensioniert und 8 suspendiert worden.⁷⁵

Ein OSS-Bericht vom 4. August 1945 berichtet, in Berufung auf einen »Informanten der Volkspartei«, daß an der Universität »wohl 48 von 70 Professoren ausgetauscht werden« müßten.⁷⁶ Eine Schätzung, die offensichtlich ihre Richtigkeit hat, im November 1946 waren an der Universität von 69 Professoren 47 — also 67 % — entlassen worden, von den 31 belassenen waren jedoch nur 13 unbelastet.⁷⁷

Von den 28 Professoren der THG waren im Mai 1945 nur 2 unbelastet: Prof. Dr. Fritz Kohlrusch und Prof. Dr. Friedrich Zotter.⁷⁸ Die Entlassungen an der THG bewegten sich im ähnlichen Verhältnis wie an der Grazer Universität: Bis November 1946 verloren 18 von den 28 Professoren bei Kriegsende durch die Entnazifizierung ihre Stellung als Hochschulprofessor, das sind 64 %. Im Frühjahr 1947 kam ein Fall dazu, womit die Rate fast 68 % betrug; 1948 folgte ein weiterer, somit betrug die Rate an der THG bei den Professoren über 71 %: 15 Professoren wurden entlassen bzw. enthoben oder außer Dienst gestellt, 4 wurden im Zuge der Entnazifizierung pensioniert und einem wurde die Lehrbefugnis entzogen.⁷⁹

Auch an der Technischen Hochschule Wien bewegte sich die Zahl der Abgänger in dieser Dimension, dort wurden bis April 1947 64 % der Professoren entfernt.⁸⁰ An der Montanistischen Hochschule Leoben hatten noch 1946 bis auf einen Professor sämtliche ehemaligen

Nationalsozialisten ihre Lehrkanzeln inne. 1948 schrieb der dortige Rektor, Prof. Dr. Franz Platzer, daß die »*Leitung und Führung dieser Hochschule*« der Überzeugung war, daß »*Anschuldigungen und Verfügungen, auf den speziellen Rahmen unserer Schule bezogen, keine sinngemäße Anwendung finden dürfen und daß eine restlose Durchführung mancher Verordnung unübersehbare Nachteile für die Hochschule nach sich gezogen hätte*«. ⁸¹

Im Zuge der Entnazifizierung wurde an der THG auch ein Dozent entlassen, der hier erst nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes tätig wurde. Die bisher bekannten Fakten erlauben jedoch nur ein oberflächliches Bild, vieles bleibt unklar:

Dr. Ing. Ferdinand Wultsch habilitierte sich 1945 an der Montanistischen Hochschule Leoben und hielt ab dem Wintersemester 1945/46 Vorlesungen an der THG. Für sein Fachgebiet wurde im Oktober 1945 die Errichtung einer Lehrkanzel für Papier- und Zellstofftechnik beantragt, dieses Vorhaben wurde im November genehmigt. Die Übertragung der Lehrbefugnis an Wultsch und das gleichzeitige Bemühen um die Schaffung des neuen Lehrstuhls war durch das Fachgebiet wirtschaftlich begründet und für die THG von großer Bedeutung. Im August 1945 schrieb Rektor Granigg: »*Ich zweifle nicht daran, daß es den gemeinsamen Anstrengungen Ihrer Persönlichkeit und der Technischen Hochschule Graz gelingen wird, die gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten und die künftig noch zu erwartenden Hemmnisse zu überwinden und damit eine sehr wertvolle Erweiterung der Technischen Hochschule Graz zu erreichen*«. ⁸² Diese Erwartung bezog sich wohl nicht nur auf die Errichtung einer neuen Lehrkanzel. Sicherlich erhoffte sich die THG von Dr. Wultsch auch andere Vorteile, ein Dozent, der gleichzeitig als Landesrat fungierte, konnte für die THG von großer Bedeutung sein:

Am 8. August 1945 konstituierte sich die dritte provisorische Landesregierung Machold. Da die Briten die bisherige Zusammensetzung — je drei Sitze für SPÖ, ÖVP und KPÖ — als Überbewertung der KPÖ auffaßten, kam statt des Kommunisten Raimund Bachmann der Sozialist Dr. Ferdinand Wultsch in die Regierung. Als Landesrat übernahm er das Referat Bauwesen und Eisenbahnen. Diese Landesregierung blieb bis zum 29. Dezember 1945 im Amt, am 12. November hatten die ersten freien Wahlen stattgefunden. Wultsch fungierte fortan nicht mehr als Landesrat, sondern als Hauptgeschäftsführer des Landwirtschaftsrates. ⁸³

Die folgenden Ereignisse können hier nur schlagwortartig dargestellt werden:

Am 28. August 1945 war Wultsch im Auftrag der Britischen Militärregierung die Lehrbefugnis für die THG übertragen worden. Im Jänner 1946 erhielt die Britische Militärregierung von der Alliierten Kommission in Wien den Befehl, daß Wultsch mit sofortiger Wirkung zu entlassen sei, in seiner Funktion als Dozent der THG erfolgte diese am 25. Jänner 1946. ⁸⁴ Im Juni 1946 ersuchte das Unterrichtsministerium — im Auftrag des Bundespräsidenten — um einen Bericht: »*Er sei politisch einwandfrei, so daß der Grund für diese Maßnahme unverständlich sei*.« Rektor Baule konnte jedoch nur angeben, daß »*über den derzeitigen Aufenthaltsort von Dr. Wultsch ... nichts bestimmtes zu erfahren*« sei. ⁸⁵

Wultsch befand sich zu dieser Zeit bereits in einem Anhaltelager in Kärnten, insgesamt verbrachte er ca. ein Jahr in drei verschiedenen Lagern. Im November 1946 stellte die Landeshauptmannschaft einen Enthaltungsantrag, aus dem auch die Beschuldigungen zu entnehmen sind: Wultsch sei SA-Anwärter gewesen, habe einen amerikanischen Flieger, der notlandete, tötlich bedroht und der Vernichtung von Gestapoakten Vorschub geleistet. ⁸⁶ Völlig konträr wurde er als Landesrat beschrieben: 1941 unter Anklage wegen Zersetzung der deutschen Wehrmacht in Haft, 1943 Verbindung mit verfolgten Gegnern des Regimes, wobei er Fluchthilfe leistete, auch habe er ukrainische Fremdarbeiter und neuseeländische Kriegsgefangene

in seiner Wohnung aufgenommen, was streng verboten war. Kurz: ein Mann, der »wiederholt wegen seiner antinazistischen, aufrechten Gesinnung verschiedenen Verfolgungen ausgesetzt war«. ⁸⁷

Die genannten Vorwürfe wurden im Enthaftungsantrag glaubwürdig widerlegt, vielmehr sei Wultsch das Opfer einer Denunziation geworden: »Derselbe Mann ..., der während der NSDAP Zeit gegen Dr. Ing. habil. Wultsch inspiriert und Anzeigen erstattet hat, ist wieder derselbe, der nun nach Beendigung der Naziära auf 'unterirdischem' Wege alles in die Wege geleitet hat, um endlich zu seinem Ziele zu gelangen, was ihm damals während der Naziära nicht gelungen ist, nämlich Dr. Wultsch aus der Konkurrenz auszuschalten, ist ihm leider jetzt geglückt.« Bereits im Jänner 1946 berief sich Wultsch auf Denunziation, er wüßte von Personen, die gegen ihn am Werk sind.

Wultsch, offensichtlich das Opfer einer groß angelegten Intrige, deren genauen Hintergründe zu schildern die Quellenlage nicht zuläßt, wurde wahrscheinlich bald nach dem Enthaftungsantrag freigelassen; er wurde wieder Professor an der THG, bekleidete aber keinerlei politischen Funktionen mehr. Am 8. August 1947 stellte er ein »Ansuchen um Aufhebung des Verbotes seiner Lehrtätigkeit«, die Bestätigung seiner Zulassung wurde vom Unterrichtsministerium bereits am 26. August erteilt. ⁸⁸

Um die durch die Entnazifizierung entstandenen Lücken zu schließen, setzte eine Welle von Berufungen ein, was auch einen Karriereschub für Dozenten und Lehrbeauftragte bedeutete. Von den sieben neuen Professoren des Studienjahres 1947/48 waren zwei bereits Dozenten an der THG, von den fünf neuen Professoren des Studienjahres 1948/49 sogar alle (3 Dozenten und 2 Lehrbeauftragte), und von den fünf neuen Professoren des Studienjahres 1949/50 zwei (ein Dozent und ein Lehrbeauftragter). ⁸⁹

»Freude darüber..., daß sich die nationale Studentenschaft in Graz wieder etabliert habe.«
Rektor Prof. Dr. Egon Niedermayer, 1951.

Deutschnationale Aktivitäten

1950 kann man die Entnazifizierung endgültig als abgeschlossen ansehen, im April durften alle Studierenden, die trotz der Jugendamnestie von 1948 noch als »belastet« galten, ihr Studium aufnehmen. In diesem Jahr formierten sich jedoch auch wieder die deutschnationalen Organisationen. Nach der behördlichen Genehmigung des FPÖ-Vorläufers VdU, dem 'Verband der Unabhängigen' im Jahre 1949, nahm im Jänner 1950 der 'Bund unabhängiger Studenten' (BUS) in Graz seine Tätigkeit auf. In einer Besprechung eines Proponentenkomitees im Februar 1950 wurden die Ziele umrissen: »Die Universitäten müssen wieder ein Hort deutscher Art und deutschen Brauchtums werden.« Ein Vertreter formulierte als Ziel, den »Geist der deutschnationalen Burschenschaften« fortzuführen und forderte, daß »die KZ-Atmosphäre auf den Hochschulen verschwinden müsse«. ⁹⁰ Bei den Hochschülerschaftswahlen von 1951 trat diese Gruppierung zum ersten Mal an und erreichte bundesweit am Zentrallausschuß als 'Studentische Wahlgemeinschaft und Bund unabhängiger Studenten' auf Anhieb 18% der gültigen Stimmen. An der THG erreichte der BUS für den Hauptausschuß sogar über 39%. Maßgeblichen Anteil daran, daß die THG Jahrzehnte zu einer Bastion des deutschnationalen Lagers wurde, hatte Alexander Götz, einer der führenden Köpfe des BUS, Hauptausschußvor-

sitzender der Hochschülerschaft an der THG und später Bürgermeister von Graz.⁹¹ In dieser Zeit konstituierten sich auch wieder die deutschnationalen Burschenschaften, wobei diese Kreise jüngst feststellten, daß »ohne Zweifel ... die weitgehende Identifikation der Mitglieder der Korporationen mit dem Nationalsozialismus eine Belastung für das Verhältnis dieser Vereine zu den politischen Kräften nach 1945 und ihre Integration in ein von neuem Selbstverständnis erfülltes Österreich« bildete.⁹² Jedoch nicht für alle belastend: Als z. B. 1951 die Grazer Burschenschaft 'Arminia' ihre Tätigkeit wieder aufnehmen konnte und dies schriftlich mitteilte, antworteten die Rektoren der Universität und der THG, Prof. Dr. Walter Wilburg und Prof. Dr. Alois Pendl, »in sehr freundlicher Weise«, wobei Wilburg der 'Arminia' insbesondere reiche Erfolge« in ihrem »Wirken für die studentische Erziehung« wünschte.⁹³ Im selben Jahr, ab Herbst 1951, erfolgte auch die Sammlung der 'nationalen' Akademiker im 'Akademikerverband', dem späteren 'Freiheitlichen Akademikerverband Österreichs'. Beim ersten Verbandstreffen, 1951 in Graz, gaben die Rektoren der Universität und der Technischen Hochschule, Prof. Franz Eder und Prof. Egon Niedermayer, »ihrer Freude darüber Ausdruck ... daß sich die nationale Studentenschaft in Graz wieder etabliert habe«. Und »Beifallstürme« gab es, als ein Festredner davon sprach, daß »es dem gesund empfindenden Deutschen auf der Seele« brenne, »wieder mit echtem Inhalt erfülltes Ideengut aufzunehmen«.⁹⁴

Im Sommer 1952 wurde der 'Ring freiheitlicher Studenten' (RFS) zugelassen, der sich als Vertreter aller »freiheitlichen« Korporationen Österreichs verstand. Bei den Hochschülerschaftswahlen 1953 kandidierte der RFS erstmals und erhielt bundesweit 32% der gültigen Stimmen.⁹⁵ An der THG erreichte er mit fast 58% der gültigen Stimmen für den Hauptausschuß die absolute Mehrheit, bis 1971 konnte er diese mit über 50% halten, erst bei den Hochschülerschaftswahlen 1974, bei der der RFS nur noch etwas über 22% erreichte, konnte diese Vormachtstellung gebrochen werden.⁹⁶ Doch noch 1981 lag der Stimmenanteil für die rechtsextreme 'Aktion Neue Rechte' (ANR) an der Technischen Universität Graz mit 3,3% weit über dem bundesweiten Durchschnitt und, nach der Montanistischen Universität Leoben, an zweithöchster Stelle.⁹⁷

Auch die 60er Jahre lieferten genügend aufsehenerregende deutschnationale Aktivitäten auf Hochschulboden, die einer ernsthaften Beschäftigung mit der Rolle der Institution Hoch-

Männer aus unseren Reihen

In memoriam Hochschulprofessor Dr. Ing. Adolf Härtel

heute, 25 Jahre nach dem Tode Prof. Dr. Härtels, bräuchle unsere Zeit mehr denn je Männer, wie Härtel einer war, seinem Beruf und seiner Berufung verpflichtet und treu seinem Volk. Möge er unserer akademischen Jugend ein Vorbild sein!

Professor Dr. Armin Dadiou

In diesem seinem Geift soll Armin Dadiou uns und vor allem unserer Jugend Vorbild eines aufrechten Mannes sein, der in mutigem Einsatz im Bekenntnis zu den Idealen seiner Jugend und damit zu Volk und Heimat stets sich selbst treu geblieben ist.

Abb. 45:
Würdigungen für Härtel
(1974) und Dadiou (1978) in
der »Aula«.

schule im Nationalsozialismus entgegenstanden. So erschien 1960 in Graz im 'Aula-Verlag' der »*Österreichische Hochschulführer*«, der in der demokratischen, antifaschistischen Öffentlichkeit heftige Reaktionen auslöste. Darin wurde in der Beschreibung der verschiedenen Burschenschaften immer wieder betont, daß diese »judenfrei« seien, die Judenfrage wurde als zentraler Punkt der inneren Entwicklung dargestellt.⁹⁸

Während 1965 in Wien die Auseinandersetzungen um die antisemitischen Äußerungen von Dr. Taras Borodajkewycz, Professor an der Hochschule für Welthandel, ihren Höhepunkt erreichten, ließ ein anderer Professor die demokratische Öffentlichkeit aufhorchen. Es handelte sich um den Rektor der THG, Prof. Dr. Peter Klaudy, der zwar nicht aus dem Kreis der 'suspendierten' Hochschullehrer kam (wie z. B. Borodajkewycz), ihnen aber insofern nahestand, als er im 'Freiheitlichen Akademikerverband' verankert war.⁹⁹ In seiner Inaugurationsrede äußerte er »*einige Gedanken zur Bedeutung der Technik*«:

»*Der an sich begrüßenswerte, immer enger werdende geistige Kontakt zwischen den einzelnen Menschenarten, wie etwa den Abendländern und Farbigen, hat in vielen Ländern bereits zu einer zunehmenden Vermischung der Menschen geführt...*« Nach weiteren Ausführungen über die »*Mischung so weit von einander entfernter Menschenrassen, wie es die Europäer, Afrikaner, Asiaten usw. sind*«, die »*von der Natur nicht gewollt sei*« kommt er zu folgender Feststellung: »*Wenn man daher der Ansicht ist, daß es so wie bisher auch in Zukunft die Mission des Abendlandes sein soll, die jeweils neu gewonnenen naturwissenschaftlich-technischen Errungenschaften den Entwicklungsländern zu schenken... so folgt allein schon daraus die Verpflichtung, die Substanz der Menschen des Abendlandes, an der das deutsche Volk und damit auch Österreich wesentlichen Anteil hat, so wie bisher auch weiterhin aufrecht zu erhalten und Vorsorge zu treffen, daß der Vorsprung des Abendlandes auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet auch in Zukunft erhalten bleibt.*«¹⁰⁰

So ist es nicht verwunderlich, daß zu dieser Zeit offensichtlich kein Versuch einer historischen Aufarbeitung zustandekam. Eine konkrete Möglichkeit bot sich anlässlich der 175-Jahr-Feier der THG, der 26. November 1986 war der 175. 'Gründungstag'. Bereits am 7. Mai 1984 wurde im Akademischen Senat berichtet, daß es von Seiten einer Arbeitsgruppe die Anregung gab, eine Publikation, »*in der die Wirkungsgeschichte der Technischen Universität Graz nachgezeichnet wird*«, herauszubringen. Am 21. Jänner 1985 lag ein Konzept dafür vor, das u. a. die Entwicklung der Technischen Universität Graz, dargestellt anhand »*maßgeblicher außeruniversitärer Ereignisse und Entwicklungen*«, wie z. B. »*politische Umbrüche, Kriege etc.*«, vorsah. Am 28. Jänner lag auch bereits ein Vertragsmuster mit zwei Mitarbeitern des Institutes für Geschichte der Universität Graz vor, am 18. März 1985 berichtete jedoch der Prärektor im Akademischen Senat, daß »*das Konzept zur Erstellung des Forschungsprojektes 'TUG: Gründungsidee — Wandel — Wirkung' innerhalb von 10 Monaten nicht durchführbar ist und daher davon Abstand genommen wurde*«. Am 9. Dezember 1985 berichtete der Rektor dem Akademischen Senat, daß eine »*Broschüre über das Gebäude Rechbauerstraße 12 (Geschichte, Bau u. dgl.)*« erstellt werden solle, fertiggestellt — so der Bericht des Rektors am 27. Jänner 1986 — sollte sie im Jahre 1988 werden. Das Vorhaben wurde jedoch offensichtlich erweitert, denn am 17. März 1986 billigte der Akademische Senat den Vorschlag: »*Über die Gebäude der Technischen Universität soll im nächsten Jahr eine Festschrift erstellt werden.*« Ein Ergebnis steht derzeit noch aus.¹⁰¹

Der 175. Gründungstag der THG war von einem Ereignis überschattet, sodaß etwa der Universitätsdirektor, Dr. Fritz Auer, diesen Tag, den 25. November 1986, als »*schwarzen Tag in der*

jüngsten Geschichte der TU Graz« bezeichnete. Der Dekan der Fakultät für Bauwesen, Prof. Dr. Adalbert Koberg, beantragte beim Rektor, Prof. Dr. Rudolf Domiaty, einen Hörsaal für einen Vortrag mit dem Titel »*Manipulation der Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert*«. Diese Veranstaltung wurde vom 'Alpenländischen Kulturverband Südmark', Koberg war und ist deren Obmann, und vom 'Freiheitlichen Akademikerverband' getragen. Referieren sollte David Irving, dessen Behauptungen über die 'Endlösung' bekannt und dessen Sympathie für das NS-Regime unverkennbar sind.¹⁰²

Nachdem es zu zahlreichen Protesten kam, erklärte Rektor Domiaty, ihm seien als Mathematiker »*leider keine weiteren Informationen*« über Irving bekanntgewesen — obwohl er rechtzeitig von verschiedenen Stellen, auch vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, informiert wurde — und zog die Benützungsgenehmigung nicht zurück, da er sich »*nicht das Recht auf willkürliche Zensur anmaße*«, und gerade auf dem Boden einer Universität sollten »*auch Minderheiten ... die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu äußern*«. ¹⁰² Da er den Veranstaltern gestattete, die Polizei als Saalschutz anzufordern, ein nicht üblicher Vorgang, fand die Veranstaltung unter Polizeischutz statt, die den ca. 150 demonstrierenden Studierenden den Eintritt verwehrte. Irvings Vortrag, er sprach u. a. davon, daß »*Hitler seine Hand immer schützend über die Juden gehalten*« habe, führte auch zu Aktivitäten der Hochschülerschaft.¹⁰³

Die ÖH distanzierte sich von der Veranstaltung, sowie »*von den Personen, die diese Veranstaltung ermöglicht haben*«, da »*dadurch eine öffentliche und demokratische Institution ... für neofaschistische Aktivitäten ... mißbraucht*« wurde, obwohl gerade Universitäten, nach dem Allgemeinen Hochschulstudien-gesetz, »*einer erhöhten Verantwortlichkeit gegenüber der demokratischen Republik Österreich und der menschlichen Gesellschaft*« dienen sollen.¹⁰⁴ Am 1. Dezember fand eine Hörerinnen- und Hörerversammlung statt, in der der Akademische Senat aufgefördert wurde, sich von der stattgefundenen Veranstaltung öffentlich zu distanzieren, zu erklären, daß »*man nicht bereit ist, eine mögliche Schädigung des Ansehens unserer Universität durch derartige Veranstaltungen in Zukunft in Kauf zu nehmen*« und die Bereitschaft zu äußern, eine »*kritische Aufarbeitung der Geschichte der Technischen Universität Graz im Sinne der Verantwortlichkeit gegenüber der demokratischen Republik Österreich und der menschlichen Gesellschaft zu ermöglichen und zu fördern*«. Der Akademische Senat, der am selben Tag tagte, distanzierte sich von Veranstaltungen, »*bei denen die Möglichkeit der Verletzung des Verbots-gesetzes zu befürchten ist*« und setzte eine Arbeitsgruppe ein, die »*Leitlinien bezüglich der Genehmigung von Veranstaltungen*« erstellen sollte. Von der konkreten Veranstaltung distanziierten sich jedoch nur die Fakultät für Architektur, nicht aber der Akademische Senat, da — so wurde bei einer Veranstaltung der Hochschülerschaft unter dem Titel »*Neofaschismus und Demokratie an der Uni*« am 16. Dezember erklärt - »*man ihn ja nicht gehört*« habe.¹⁰⁵

Richtungsweisend wurde zu diesen Vorfällen in der 'Stellungnahme der ÖH-TU' festgestellt: »*Für ein Zurückdrängen eines derartigen Gedankengutes sind weder ein Unter-den-Tep-pich-Kehren noch ein dauerndes Zitieren der Stärke der Demokratie taugliche Mittel, sondern einzig Erziehung zur Demokratie und ein ehrliches Untersuchen der Vorgänge dieser Zeit. Einmal bereits wurde der Versuch einer kritischen Aufarbeitung der Geschichte der TU Graz, die auch eine Geschichte antidemokratischer Geisteshaltung ihrer Akademiker ist, verhindert; vielleicht ist diese Diskussion um David Irving geeignet, einen zweiten Anlauf hierfür zu nehmen.*«